

nan und den Yueyang-Turm in Hunan. Seit 1981, so hieß es weiter, werde eine nationale Erhebung über alle Kulturdenkmäler durchgeführt. Bis jetzt habe ein Drittel aller Einheiten auf Provinzebene die Erhebung abgeschlossen. Danach seien schon über 60.000 neue Stätten entdeckt worden (GMRB, 8.5.84).

Propagandaminister Deng Liqun wies auf die große Bedeutung des Denkmalschutzes angesichts der umfangreichen Bautätigkeit (Fabriken, Burgen, Straßen, Häuser) hin, durch die Baudenkmäler und archäologische Funde oft in Mitleidenhaftigkeit gezogen würden. Hier komme es auf wirksamen Denkmalschutz während des Bauprozesses an, denn man könne nicht Bauten unterlassen, weil Kulturdenkmäler Schaden leiden könnten (RMRB, 8.5.84).

Im Jahre 1982 hat die VR China zum erstenmal ein umfassendes Denkmalschutzgesetz erlassen (s. C.a. 1982/11, Ü 19), das Zuständigkeiten, Aufgaben und Ahndung bei Vergehen gegen die Denkmalschutzbestimmungen regelt. Dieses Gesetz hat zweifellos den Denkmalschutz in China wirksamer gemacht. -st-

*(26)

Konferenz über die Geschichte der Republik China

Anfang Mai 1984 fand in Nanjing ein fünftägiges Symposium über die Geschichte der Republik China - das ist die Zeit von 1912 bis 1949 - statt. Es handelte sich um die erste Konferenz über diese zeitgeschichtliche Periode in der Volksrepublik. An ihr nahmen über 200 Historiker aus dem ganzen Land teil. Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Zeit zwischen 1927 und 1949. Es ging vor allem darum, die Phasen der Zusammenarbeit zwischen KP und GMD historisch aufzuarbeiten. Zugleich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es künftig wieder zu einer Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien komme und daß sich Historiker aus Taiwan an der Diskussion beteiligten. Laut Li Zongyi, dem stellvertretenden Direktor des Instituts für moderne Geschichte an der Akademie der Sozialwissenschaften, besteht die Hauptaufgabe der Historiker gegenwärtig darin, die historischen Quellen zu sammeln und herauszugeben. Eine mehrbändige "Geschichte der Republik China" sei in Arbeit; der erste Band sei bereits erschienen. Außerdem habe das Institut Biographien von 400 prominenten Persönlichkeiten aus dieser Zeit veröffentlicht. Das Symposium war gemeinsam von der Universität Nanjing, dem Zweiten Historischen Archiv und dem Institut für moderne Geschichte der Akademie der

Sozialwissenschaften veranstaltet worden (XNA, 5.5.84). Als ehemalige Hauptstadt der GMD-Regierung bot sich Nanjing als Tagungsort an, zumal dort auch das für diese Periode wichtigste Archiv beheimatet ist. Bisher ist die GMD-Periode in der historischen Forschung der VR China arg vernachlässigt worden; erst in den letzten Jahren beginnt sich hier ein Wandel abzuzeichnen, und so dürfte die Tagung die zeitgeschichtliche Forschung sehr beleben. Wenige Wochen vor Beginn der Tagung hatte ein Vertreter des Zweiten Historischen Archivs übrigens die Historiker aus Taiwan aufgerufen, das Archiv für ihre Forschungsarbeit zu benutzen (RMRB, 11.4.84). -st-

*(27)

Fernsehen via Nachrichtensatellit

Über Chinas ersten Nachrichtensatelliten, den die Chinesen am 8. April 1984 gestartet haben und der nach einer Testphase einwandfrei funktioniert, ist es möglich, Fernsehsendungen aus Beijing gleichzeitig in allen Landesteilen Chinas zu sehen. Der Satellit übermittelt beispielsweise Fernsehsendungen nach Xinjiang und Yunnan. Bisher bekamen die Bewohner Xinjiangs Fernsehprogramme aus Beijing erst mit einer Woche Verspätung zu sehen (GMRB, 11.5.84). -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*
*

* * * * *

*(28)

Erster Petro-Konsortialkredit für die Volksrepublik

Sechs Banken unter der Führung der Societe General unterzeichneten ein Konsortialkreditabkommen mit der Volksrepublik zur Finanzierung des Ölzentrams von Nanhai. Der Kredit hat eine Höhe von 77 Mio. US\$; die Zinsen betragen 0,625% über LIBOR (London Interbank Offer Rate) für die ersten sechs Jahre und 0,75% über LIBOR für die restliche Laufzeit von 7 1/2 Jahren. Die anderen beteiligten Banken sind die Chemical Bank (USA), Bank of East Asia, Credit Commercial de Paris, Lloyds Bank International Ltd. und Mitsubishi Bank Ltd. (Petroleum News, Mai 1984, S.79) -lou-

*(29)

Exportgeschäfte dominieren auf der Messe in Guangzhou

Am 5. Mai 1984 ging die Exportwarenmesse von Guangzhou zu Ende. Nach dem weitgehenden Fortfall des chinesischen Stahleinkaufs und einer weitgehenden Verlagerung der

Maschinenbeschaffung in den letzten Jahren hat sich die Messe zu ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung als Veranstaltung zur Förderung der Ausfuhr chinesischer Waren entwickelt. Wie ein chinesischer Funktionär auf der Messe mitteilte, sei das Ergebnis der zwanzigtägigen Veranstaltung besser gewesen als auf den zwei vorhergehenden Messen. Firmen aus Hongkong und Macau tätigten über 40% der auf der Messe insgesamt abgeschlossenen Geschäfte. Etwa 24.000 Geschäftsleute aus 94 Ländern und Regionen besuchten die Messe.

Mit Ausnahme einiger Marginalsektoren konnte sich nur die Gruppe der ausländischen Chemieverkäufer auf der Messe behaupten. Ein leitender Sprecher der Außenhandels-gesellschaft Chemie bezeichnete seine Gesellschaft als den größten Einkäufer der Volksrepublik auf der Messe. Die Käufe erfolgen im Rahmen der jährlichen Einfuhrplanung, die der Außenhandels-gesellschaft vom Außenministerium zugeleitet wird. Der Außenhandels-gesellschaft Chemie fällt die Aufgabe zu, den etwa 80% des chinesischen Gesamtbedarfs abdeckenden Importplan im Rahmen der sich bietenden Einkaufs- und Abschlußmöglichkeiten optimal zu erfüllen. Der Rest wird durch Betriebe oder Organisationen, die über eigene Devisen verfügen, abgewickelt.

Zur Mitte der zwanzigtägigen Veranstaltung konnte nach dem Eindruck von Verkäufern eine Häufung der Anfragen aus verschiedenen Sektoren der chinesischen Chemiesparte beobachtet werden, so daß die ausländischen Teilnehmer trotz schleppenden Beginns Hoffnung auf einen zufriedenstellenden, wenn nicht sogar guten Verlauf der Messe schöpften. Aufgrund der vorliegenden Anfragen für Kunststoffe, Faserrohstoffe, Vor- und Zwischenprodukte, Schwer- und Agrarchemikalien, Produkte für die Leder- und Kautschukindustrie sowie kleinere Mengen chemischer Spezialprodukte rechneten sich die meisten Anbieter ein kostendeckendes Messegeschäft aus. Zudem dürften die Umsätze in Guangzhou, so hieß es aus Teilnehmerkreisen, nicht punktuell und isoliert bewertet werden, da sich auch das Chemiegeschäft seit vielen Jahren nicht mehr auf Guangzhou und feste Zeiträume konzentrierte, sondern praktisch auf den gesamten Jahresablauf, zahlreiche Kanäle und Standorte verteilte.

Das Hauptgewicht des Messegeschäftes der Außenhandels-gesellschaft Maschinen lag nach Angaben aus Kreisen ihrer Leitung auf dem Verkauf von Handwerkzeugen. Fast alle chinesischen Provinzen waren

mit einem weitgehend identischen Sortiment von Werkzeugen aller Art in Guangzhou vertreten. Soweit die Außenhandelsgesellschaft differenzierten Preisen für gleichartige Erzeugnisse ihrer Zustimmung gab, lag das Kriterium dafür meist in der unterschiedlichen Qualität. Die Außenhandelsgesellschaft ist sich trotz aller erzielten Fortschritte noch der Angebotsschwächen bewußt. Neben Handwerkzeugen rücken weitere Erzeugnisse in das Exportsortiment auf, wie Textilmaschinen (schützenlose und digitalgesteuerte Webmaschinen), die nahe an den "internationalen Standard" herankommen sollen, Graphitelektroden, Maschinen für die Nahrungsmittelverarbeitung und Baumaterialerzeugung, Kunststoffmaschinen und Telekommunikationsausrüstungen. Etwa 20% aller in Guangzhou ausgestellten Maschinenbauerzeugnisse sollen auf neue Entwicklungen entfallen sein.

Die chinesischen Verkaufspreise lagen teilweise wesentlich über denen der letzten Herbstmesse. Von seiten der Außenhandelsgesellschaft Minmetals wurde bestätigt, daß Ausfuhren aller wichtigen metallischen und nichtmetallischen Mineralien zentral bewirtschaftet werden. Über eine zweite Kategorie von "weniger wichtigen Erzeugnisse kann entweder von den Zweigstellen allein oder zusammen, d.h. nach Abstimmung mit der Zentrale verfügt werden.

Auch der Textilsektor stand nach Aussagen von Käufern im Zeichen umfassender Preissteigerungen, die, wie es hieß, unter anderem das Ende der auf Billigeinkäufe abzielenden Jobber-Aktivitäten eingeleitet haben dürften. (XNA, 5.5.1984; NfA, 3.5.1984) -lou-

*(30)

Deutsch-chinesische Kooperationsprojekte

Am 9.5.1984 wurde in Changchun (Provinz Heilongjiang) eine siebentägige Katalogausstellung aus der Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Die Kataloge beziehen sich auf 500 Produkte, zu denen Elektronik, Werkzeugmaschinen, Erdbau- und Transportausrüstungen, Chemikalien sowie landwirtschaftliche, Druck-, Lebensmittelverarbeitende und Verpackungsmaschinen gehören, die von 98 Firmen der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden. (XNA, 9.5.1984)

Die AEG-Telefunken wird Elektroausrüstungen für zwei Walzwerke in die Volksrepublik liefern. Wie der AEG-Geschäftsbereich Industrieanlagen, Schiffbau und Sondertechnik in Hamburg mitteilte, beträgt der Auftragswert 16 Mio. DM. Einer der Aufträge umfaßt die elektrischen

Ausrüstungen für ein neues Drahtwalzwerk, das im Hüttenwerk Maanshan (Provinz Anhui) errichtet wird. Ferner liefert das Unternehmen das elektrische Leitsystem für eine neue Drahtstraße der Shoudu-Eisen- und Stahlwerke in Beijing. (NfA, 3.5.1984)

Die Volksrepublik China wird möglicherweise Teile für den neuen Flugzeugtyp A-320 des Firmenkonsortiums Airbus Industries, dem auch Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland angehören, produzieren. Das Firmenkonsortium gab in Paris bekannt, mit den Chinesen würden erste Sondierungsgespräche über eine Produktionsbeteiligung an dem 150sitzigen Flugzeug geführt. Möglicherweise könnten die Chinesen bestimmte Teile, so beispielsweise die Türe für den A-320 liefern. Airbus Industries verhandelt derzeit mit den Chinesen auch über weitere Lieferungen von Großraumflugzeugen der Typen A-300 und A-310. Eine Produktionsbeteiligung am neuen A-320 würde die Chancen für weitere Aufträge an Airbus Industries deutlich erhöhen, so hieß es aus Paris. (SZ, 14.5.1984)

Wie der Hauptaktionär der Stollwerck AG in Köln, Hans Imhoff, mitteilte, hat die Volksrepublik China inzwischen bestätigt, daß sie gemeinsam mit Stollwerck eine Schokoladenfabrik bauen wolle. In den nächsten Wochen erwartet Imhoff die Unterzeichnung eines Vertrages über das geplante Joint Venture. Das Investitionsvolumen soll 15 Mio. DM betragen, die je zur Hälfte von Stollwerck und den Chinesen aufgebracht werden. Das Kölner Unternehmen wird für den Bau der Fabrik und die Produktion verantwortlich sein, die Partner für Marketing und Vertrieb. (FAZ, 4.5.1984)

Die Siemens AG wird in Beijing eine eigene Firmenrepräsentanz einrichten. Wie Vorstandsvorsitzender Kaske am 3.5.1984 mitteilte, wird sich Siemens mit Auslauf des Jahres 1985 einvernehmlich von dem Hongkonger Handelshaus Jebson & Co. trennen, das Siemens seit Kriegsende in der Volksrepublik China vertreten hat. Jebson & Co. bleibt weiterhin Repräsentant von Siemens in Hongkong. In der neuen Beijinger Siemensvertretung werden nicht nur deutsche, sondern auch chinesische Ingenieure als Angestellte tätig sein. Der Vorstandsvorsitzende erläuterte, daß Siemens chinesische Mitarbeiter nicht nur als Hilfskräfte heranziehen wolle, sondern anstrebe, auch in China verantwortliche Positionen in der Firmenvertretung mit Einheimischen zu besetzen. Dieses Konzept wurde von ausländischen Firmen im kommunistischen China bisher nicht praktiziert. Kraske

sagte, Siemens habe in anderen Ländern durch Integration und Anpassung an die örtlichen Verhältnisse gute Erfahrungen gemacht.

Die Siemens AG hält den Zeitpunkt für günstig, sich in größerem Umfang über Liefergeschäfte hinaus auf wirtschaftliche Kooperationsformen in China einzulassen. Siemens schloß seit 1976 schon kleinere Lizenzverträge über den Nachbau von Industrieturbinen in Hangzhou, Schiffsgeneratoren in Shanghai und Fernschreibern in Wuhan ab. Für die kommenden Jahre sieht das Unternehmen Kooperationsmöglichkeiten vor allem im Ausbau des chinesischen Fernsprechnetzes, in der medizinischen Technik, in der Anlage von Wasser- und Wärmekraftwerken und über die Firma Kraftwerksunion auch im Bau von Kernkraftwerken. (FAZ, 4.5.1984)

Wenige Tage nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in Beijing hat die Volksrepublik ihr Interesse an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen auch mit den europäischen Ländern und insbesondere mit der Bundesrepublik unterstrichen. Der stellvertretende chinesische Minister für Außenhandel und Außenwirtschaft, Wei Yuming, unterbreitete dazu den deutschen Unternehmen am 3.5.1984 in Bonn weitere 27 Projekte für Investitionen in chinesischen Provinzen im Zuge des Programms zur Modernisierung des Landes.

Wei Yuming, der im chinesischen Außenhandelsapparat eine Schlüsselstelle innehat, hielt sich bis zum 14.5.1984 an der Spitze einer Regierungsdelegation zu Wirtschaftsgesprächen in der Bundesrepublik auf. Erstmals an diesen Gesprächen waren Vertreter der chinesischen Provinzen beteiligt. Aus der Sicht der deutschen Wirtschaft sei nach Darstellung von Heinrich Weiß, dem Vorsitzenden des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, ein möglichst schneller Abschluß eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen beiden Ländern erforderlich, um echte Kapitalexporte für Joint Ventures zu ermöglichen. Belastet werden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern nach Ansicht des Ostausschusses derzeit u.a. dadurch, daß es keine zentrale Anlaufstelle für ausländische Kooperationsfirmen gibt. Der ausländische Partner müsse zudem bei Kooperationen zumeist die Finanzierung mitbringen. Kreditsicherungen durch Sicherungsübereignung der Eigentumsvorbehalte des Kreditgebers seien in China nicht bekannt. Die zu Kooperationszwecken zur Verfügung gestellte Ausrüstung gehe sofort in das Eigentum des chinesischen Partners über.

Die Kreditrückzahlung müsse durch Garantien der Bank of China abgesichert werden. Bemängelt wurde auch, daß Kooperationsunternehmen trotz zugesicherter Eigenständigkeit immer mehr oder weniger in die Wirtschaftsplanung des Landes eingebunden würden. Oft würden sie darauf verpflichtet, chinesische Erzeugnisse und Vorleistungen zu verwenden. Nach bisherigen Erfahrungen erreiche die Qualität von solchen Kooperationswaren erst nach längerer Anlaufzeit den von ausländischen Partnern gewünschten Standard. Als eines der größten Hindernisse für Kooperationen wird in der deutschen Wirtschaft die hohe Exportverpflichtung angesehen, die ausländische Produktionsunternehmen eingehen müßten. (dpa, 3.5.1984)

Die deutsch-chinesische Arbeitsgruppe Land- und Ernährungswirtschaft verabschiedete in Beijing ein Protokoll über 102 Kooperationsprojekte der Agrar- und ernährungswirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wie das Bundesernährungsministerium in Bonn mitteilte, liegt der Schwerpunkt bei 40 Einzelprojekten in der Ernährungswirtschaft. Die Kooperation umfaßt eine breite Palette, die von der Gewinnung und Verpackung von Bienenhonig zur Planung und Erstellung kompletter Anlagen für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe reicht.

Weitere Bereiche der Zusammenarbeit sind Pflanzenzucht und Pflanzenschutz, Tierzucht, Mechanisierung der Landwirtschaft, Futtermittelherstellung und Forstwirtschaft. Eine besondere Rolle spielen auch die Zusammenarbeit in der landwirtschaftlichen Beratung sowie bei der Aus- und Fortbildung auf verschiedenen Ebenen einschließlich der fachlichen Sprachausbildung in Deutsch an der landwirtschaftlichen Nordwest-Universität Wugong. Damit soll, so das Bundesministerium, der Praktikanten- und Expertenaustausch verstärkt und effizienter gestaltet werden.

Als regionaler Schwerpunkt der agrar- und ernährungswirtschaftlichen Zusammenarbeit zeichnen sich nach Angaben des Ministeriums immer mehr die Nordost-Provinzen Chinas ab, die nach Anbau, Struktur und Klima den deutschen Produktionsbedingungen ähnlich seien. (NfA, 9.5.1984) -lou-

* (31)

Export von Generatoren für Wasserkraftwerke wächst

Nach einer Mitteilung des Ministeriums für die Maschinenbauindustrie hat die Volksrepublik in den letzten vier Jahren 230 kleine

Generatoren für Wasserkraftwerke exportiert, die einen Wert von zusammen 30 Mio. US\$ darstellen. In den Jahren 1982 und 1983 exportierte China 16 solcher Anlagen im Werte von 5,6 Mio. US\$ und mit einer Gesamtkapazität von über 21.000 kW. Vor zwei Monaten gingen drei Generatoren, jeder mit einer Kapazität von 3.750 kW, in einem Kraftwerk in Kalifornien in Betrieb. Der Produzent, die Dongfang-Kraftwerkgeneratoren-Fabrik in Sichuan, produziert gegenwärtig einen weiteren Generator mit einer Kapazität von 6.500 kW für ein anderes Kraftwerk in Kalifornien.

Auch die Kraftwerk-ausrüstungs-Fabrik Hangzhou in der Provinz Zhejiang und die Fabrik für Wasserkraftwerks-Ausrüstungen in Shaoyang in der Provinz Hunan haben Aufträge aus den USA erhalten. Die Philippinen, ein wichtiger Importeur chinesischer Generatoren, baute zwei kleine Wasserkraftwerke, die 1983 mit chinesischen Ausrüstungen versehen wurden. Ein weiterer wichtiger Importeur ist Peru, das Verträge im Werte von mehr als 1,38 Mio. US\$ abgeschlossen hat. Nach Angaben des Ministeriums stehen chinesische Ingenieure und Techniker bereit, um bei der Installation der Anlagen zu helfen, die Maschinen zu testen und das Bedienungspersonal der ausländischen Kunden auszubilden. (XNA, 14.5.1984) -lou-

* (32)

Hohes Rating der Bank of China

Wie die japanische Zeitung Nihon Keizai Shimbun am 18.5.1984 berichtete, hat die Japan Bond Research, ein privates Bond-Rating-Institut, der Bank of China das höchstmögliche Rating, nämlich "AAA", gegeben. Nur fünf internationale Großbanken hätten ein solches Rating erreicht.

Wie ein chinesischer Funktionär in Tokyo mitteilte, habe die chinesische Regierung stets Wert darauf gelegt, den Kredit und das Ansehen der Bank of China im Ausland aufrecht zu erhalten und zu verstärken. Die Bank selbst habe sich stets bemüht, ihren Kredit zu erhöhen, und die habe hohes Lob von Finanz-, Handels- und Industriekreisen in der ganzen Welt erhalten. (Nihon Keizai Shimbun, 18.5.84; XNA, 21.5.84) -lou-

* (33)

Probleme bei der Außenhandelsverwaltung

Aus einer Mitteilung des Büros der Kommission für die Ausrichtung der Partei wurde bekannt, daß sich das Parteikomitee der Außenhandelsgesellschaft von Beijing mit typischen Fällen und herausragenden

Problemen der ernstesten Pflichtverletzung bei der Außenhandelsverwaltung befaßt hat. Aufmerksamkeit wurde auch der Korrektur der Bürokratie gewidmet, die sich durch unverantwortliches Verhalten gegenüber der Partei und dem Volk auszeichne. Die Kampagne gegen Wirtschaftskriminalität, die im Jahre 1982 begann, richtete sich hauptsächlich gegen Unterschlagung. Sie zeigte, daß Abteilungen auf den verschiedenen Ebenen den gewaltigen Verlusten für den Staat, die durch bürokratische Wirtschaftsverwaltung verursacht wurden, geringe Aufmerksamkeit geschenkt und es versäumt hätten, wirkungsvolle Aufklärung in dieser Hinsicht zu betreiben. Wie es heißt, dürfe dies nicht so weitergehen, ansonsten würden die Bemühungen, sich weiter zum Ausland hin zu öffnen, die einheimische Wirtschaft zu beleben und eine neue Lage bei der Modernisierung zu schaffen, zunichte gemacht.

Das Parteikomitee der Außenhandelsgesellschaft von Beijing zitierte einige Beispiele für die ernstesten Pflichtverletzungen im Außenhandel:

"Export ohne Rechnung": Die Chemicals Import-Export Company verkaufte 692 t Hochdruckpolyäthylen im Werte von 498.000 US\$ an eine Firma in Hongkong. Für die Lieferung wurde keine Rechnung ausgestellt. Die Gründe waren Bürokratismus und Nachlässigkeit in der Fakturierungs- und Kontrollabteilung; insgesamt waren 14 Personen aus den Abteilungen Lager, Versand und Buchhaltung beteiligt.

"Import ohne Empfang der Waren": Die Light Industrial Products Import-Export Company importierte aus den Vereinigten Staaten 28.650 m Leder im Werte von 458.000 Yuan. Vor Ankunft der Sendung machte das Personal bereits eine Eintragung, daß die Sendung angekommen sei, und der Lagermeister unterschrieb eine Quittung, ohne die Waren erhalten zu haben. Infolgedessen wurde die Sendung vom Zoll versteigert, weil niemand sie angefordert hatte.

Die Chemicals Import-Export Company verkaufte 65 t Gummi an eine ausländische Firma. Der Kunde sandte einen Kreditbrief, der Bedingungen enthielt, die vom ursprünglichen Vertrag abwichen. Die Gesellschaft verschiffte die Waren, bevor sie einen revidierten Kreditbrief erhalten hatte. Der Kunde weigerte sich, die Sendung anzunehmen, und die Waren wurden durch den ausländischen Zoll versteigert. Insgesamt entstand auf diese Weise ein Verlust von 278.000 Yuan. (Xinhua, 2.5.84,

zit. nach SWB, 5.5.84) -lou-

BINNENWIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(34)

Neue Entscheidungsbefugnisse für Staatsbetriebe

Am 10.5.1984 verkündete der Staatsrat Provisorische Regelungen zur Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse der staatseigenen Betriebe. Die Vervollkommnung des Besteuerungssystems, das an die Stelle der Ablieferung der Gewinne an den Staat getreten sei, habe wirkungsvoll die Frage der Verteilung zwischen dem Staat und den Unternehmen geregelt. Um die Initiative der Betriebe weiter zu fördern und die Wirtschaft voranzubringen, erließ der Staatsrat die folgenden Regelungen:

(1) Produktions- und Betriebsverwaltungspläne: Unter der Bedingung, daß die Staatspläne und die Verträge über die Lieferung von Waren erfüllt sind, können die Betriebe selbst Vorkehrungen treffen, um die vom Staat und vom Markt benötigte Produktion auszuweiten. Bei der Durchführung der staatlichen Pläne haben die Betriebe das Recht, sich an die betreffenden Abteilungen zu wenden, um die Pläne ändern zu lassen, falls es wesentliche Änderungen bei Angebot und Nachfrage gibt.

(2) Verkäufe: Wenn nicht besonders vom Staat verboten, können die Betriebe selbst die Produkte verkaufen, die sie über die Normanforderung hinaus zurückbehalten. Ferner können neue Produkte von den Betrieben selbst verkauft werden, die auf Versuchsbasis hergestellt worden sind, sowie Produkte, die nicht den Beschaffungsabteilungen unterstehen, und Produkte, die als Lagervorräte vorhanden sind.

Für Betriebe, die wichtige Produkte verkaufen, welche unter den einheitlichen Staatsplan fallen, werden die folgenden Regelungen erlassen:

Walzstahl: Die Betriebe können selbst 2% derjenigen Produkte verkaufen, die zur Quote des Staatsplanes gehören, sowie alle Produkte, die über die staatlichen Quoten hinaus produziert werden. Roheisen, Kupfer, Aluminium, Blei, Zink, Zinn, Kohle, Zement, Schwefelsäure, konzentrierte Salpetersäure, Ätznatron, Sodaasche und Gummi: hier dürfen die Betriebe selbst nicht jene Produkte verkaufen, die unter die Staatsquote fallen, doch alle jene Produkte,

die über den Staatsplan hinaus produziert werden. Elektromaschinenprodukte: Produkte, die mit Materialien hergestellt werden, die vom Staat bereitgestellt worden sind, sollen auch nur vom Staat verteilt werden; der Rest kann von den Unternehmen selbst verkauft werden.

Die Unternehmen müssen separat über die Produkte Buch führen, die sie selbst verkaufen, und dafür entsprechend Steuern zahlen. Des weiteren müssen sie strikt die staatliche Preispolitik beachten sowie finanzielle und wirtschaftliche Disziplin halten.

(3) Preise: Die Betriebe haben das Recht, die Preise jener industriellen Produktionsmittel selbst festzusetzen, die die Betriebe selbst verkaufen können oder die über den Staatsplan hinausgehen. Die von den Betrieben festgesetzten Preise dürfen jedoch nicht mehr als 20% von den Standardpreisen abweichen. Die Betriebe können auch mit ihren Käufern Preise innerhalb festgesetzter Grenzen aushandeln. Bezüglich der Konsumgüter und landwirtschaftlicher Produktionsmittel müssen sich die Betriebe an die vom Staat festgesetzten Preise halten, einschließlich derjenigen Preise, die innerhalb einer vom Staat festgesetzten Marge fluktuieren können. Ausgehandelt werden können die Preise jedoch für jene Produkte, die über den Staatsplan hinaus hergestellt werden und die die Betriebe selbst verkaufen.

(4) Auswahl und Ankauf von Gütern und Materialien: Bei der Vergabe von Aufträgen haben die Unternehmen das Recht, Lieferanten von Gütern und Materialien, die unter den einheitlichen Staatsplänen verteilt werden, auszuwählen. Die für die Vergabe von Aufträgen verantwortlichen Abteilungen sollten die Bedürfnisse der produzierenden Unternehmen beachten und ausgeglichene, rationale Vorkehrungen bezüglich der Ressourcen und der Transportbedingungen treffen. Die Betriebe können mit den Liefereinheiten Verträge über Direktlieferungen und den Ausgleich der Konten abschließen.

(5) Die Verwendung von Fonds: Die Betriebe können die einbehaltenen Fonds in Übereinstimmung mit der Relation aufteilen, die von den verantwortlichen Abteilungen aufgestellt wird, und einen Produktionsentwicklungsfonds, einen Entwicklungsfonds für neue Produkte, einen Reservefonds, einen Wohlfahrtsfonds für die Arbeiter und einen Bonusfonds errichten; sie haben das Allokations- und Benutzungsrecht für solche Fonds. Der Produktionsentwicklungsfonds,

der Entwicklungsfonds für neue Produkte und der Reservefonds können mit dem Abschreibungsfonds und dem Überholungsfonds zur rationalen Verwendung unter einem einheitlichen Plan zusammengefaßt werden. Von 1985 an sollen alle Betriebe 70% des Abschreibungsfonds einbehalten, während die verantwortlichen Abteilungen, die Provinzen, die Autonomen Regionen oder regierungsunmittelbaren Städte die restlichen 30% kontrollieren. In dieser Hinsicht werden noch Sonderregelungen separat erlassen werden.

Betriebe, die keine unmittelbare Verwendung für den Produktionsentwicklungsfonds haben, können das Geld in Form eines Joint Venture, einer Gemeinschaftsproduktion oder in Form des Kompensationshandels in Übereinstimmung mit dem Prinzip der freiwilligen Beteiligung und des gegenseitigen Nutzens investieren, so daß der Fonds feiner guten Verwendung zugeführt werden kann. Die Betriebe haben das Recht, technologische Umwandlungsprojekte durchzuführen. Sonderregelungen werden von den Provinzen, Autonomen Regionen oder regierungsunmittelbaren Städten im Geiste der weiteren Delegation der Verwaltungsautorität hin zu den unteren Ebenen erlassen werden.

(6) Verwendung von Anlagevermögen: Staatseigene Betriebe haben das Recht, ihre überschüssigen oder nicht verwendeten Anlagen zu vermieten oder zu transferieren im Austausch für Kompensationsleistungen. Wenn sie jedoch Ausrüstungen mit Hochtechnologie, die der Verwaltung der Abteilungen der höheren Ebene unterstehen, vermieten oder transferieren, müssen sie eine entsprechende Genehmigung einholen. Die auf diese Weise erzielten Gewinne müssen für die technische Umgestaltung und die Ersetzung alter Ausrüstungen eingesetzt werden.

(7) Organisationsstruktur: In Übereinstimmung mit den Charakteristika der Produktion und der praktischen Erfordernisse haben die staatseigenen Betriebe das Recht, über ihre eigene Organisationsstruktur und Personalzuweisung zu entscheiden, vorausgesetzt, daß sie nicht die von der zuständigen Abteilung festgesetzte Anzahl der Arbeiter überschreiten. In Übereinstimmung mit den Arbeitserfordernissen kann die betreffende Abteilung Anforderungen an andere Unternehmungen stellen, kann jedoch nicht das Unternehmen zwingen, ein Verbindungsbüro zu errichten, das die Arbeit mit der Abteilung koordiniert oder die Personalzuweisung festsetzt.